

- **Seite 2: Irrsinn stoppen.** Venezuelas Außenminister Jorge Arreaza bedankt sich für Unterstützung
- **Seite 3: Geschichte einer Konfrontation.** Carolus Wimmer über US-Außenpolitik in Lateinamerika und Klassenkampf in Venezuela
- **Seite 4: Solidarität.** Orhan Akman über Gewerkschaften und die Politik der Bundesregierung
- **Seite 6: Paramilitärs.** Hernando Calvo Ospina über die Bedrohung durch Kolumbien
- **Seite 7: Verteidigung des Völkerrechts.** Venezuelas Vizeaußenminister Iván Gil über die Auswirkungen der Blockade



Mit dem gemeinsamen Singen des chilenischen Freiheitsliedes »El Pueblo Unido« endete am 28. Mai die große Venezuela-Solidaritätsveranstaltung in Berlin

## Zeichen der Solidarität

Hunderte Menschen kamen Ende Mai in Berlin zu einer Großveranstaltung für Venezuela zusammen. Wir dokumentieren die Redebeiträge. **Von André Scheer**

**E**in deutlich sichtbares Zeichen der Solidarität mit Venezuela setzten am 28. Mai über 750 Menschen in der Berliner Urania. Mehr als 30 Initiativen, Parteien, Medien und Organisationen hatten zu der Kundgebung aufgerufen, die sich nicht nur gegen die Blockade des südamerikanischen Landes durch die USA, sondern auch gegen die Politik der deutschen Regierung richtete. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hatte am selben Tag in Berlin eine »Lateinamerika-Konferenz« veranstaltet, zu der alle seine Amtskolleginnen und -kollegen aus Lateinamerika und der Karibik eingeladen waren – mit Ausnahme des venezolanischen Außenministers Jorge Arreaza.

Das durfte nicht unwidersprochen bleiben. »Dann laden eben wir ihn ein«, war die Ausgangsidee, mit der die Vorbereitungen zu der Veranstaltung begannen. Tatsächlich war der Chefdiplomat der venezolanischen Regierung sehr daran interessiert, auch gegen den Wil-

len der Bundesregierung nach Berlin zu reisen. Schließlich machten die politischen Entwicklungen in seinem eigenen Land dem einen Strich durch die Rechnung: Arreaza konnte nicht kommen, weil er in Oslo an den Gesprächen zwischen Regierung und Opposition Venezuelas beteiligt war. Aber er meldete sich in der Urania per Telefon zu Wort und schickte seinen Stellvertreter Iván Gil nach Berlin. Neben diesem ergriffen Carolus Wimmer von der Kommunistischen Partei Venezuelas, der deutsche Gewerkschafter Orhan Akman und der kolumbianische Journalist Hernando Calvo Ospina das Wort, ihre Beiträge dokumentieren wir in diesem jW-Spezial.

Musikalische Beiträge kamen von der bekannten venezolanischen Sängerin Cecilia Todd – die eigens ihre laufende Europatournee unterbrach –, dem chilenischen Liedermacher Nicolás Miquea aus Berlin sowie dem ebenfalls in Berlin beheimateten Trio Palmera, souverän moderiert von der Schauspielerinnen Esther Zim-

mering und dem stellvertretenden jW-Chefredakteur Sebastian Carlsen.

In einer Gesprächsrunde diskutierten Vertreter der deutschen Linken über die Aufgaben der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik. Gerhard Mertschenk vom Berliner Bündnis »Hände weg von Venezuela« berichtete dabei über die wöchentlichen Kundgebungen, die es seit Ende Januar praktisch wöchentlich vor dem Generalkonsulat der USA in Berlin gibt. Man wolle damit einerseits der venezolanischen Bevölkerung zeigen, dass sie nicht allein ist. Andererseits kläre man in den auch als Videos verbreiteten Reden über die vielen Falschmeldungen auf, die in den meisten deutschen Medien über Venezuela verbreitet würden. Der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko (Linke) war zuvor bei der offiziellen Veranstaltung der Bundesregierung gewesen, und die habe ihm »noch einmal die Schuhe ausgezogen«. Maas habe den faschistischen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro indirekt als Freund bezeichnet, so Hunko. Das sei »wirk-

lich unerträglich«. »Ich würde mir wünschen, dass die deutsche Außenpolitik eine Rolle wie Norwegen einnehmen würde«, sagte Hunko mit Blick auf die von Oslo vermittelten Gespräche zwischen Regierung und Opposition Venezuelas. Er selbst hatte kurz zuvor das südamerikanische Land besucht und Gespräche geführt. Das habe bei einigen Medien »Schnappatmung« ausgelöst, weil er sich nicht nur mit Juan Guaidó, sondern auch mit Nicolás Maduro und anderen Regierungsvertretern getroffen habe. In der deutschen Bevölkerung habe er für seine Initiative jedoch viel Zustimmung erhalten, betonte er. Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele unterstrich, dass es nicht nur um Venezuela, sondern immer auch um Kuba gehe. In Venezuela finde ein täglicher Klassenkampf statt. Dabei sei klar, dass man den Weg zum Sozialismus nicht am Reißbrett entwerfen könne. Entscheidend sei aber, dass die Kapitalistenklasse, deren Vertreter der venezolanische Putschistenführer Guaidó sei, endgültig entmachtet werden muss.

**H**allo, guten Abend! Hier spricht Jorge Arreaza, der Genosse Jorge, aus Oslo, Norwegen, wo wir ebenfalls für den Frieden kämpfen. Wir wollten euch heute bei dieser schönen kulturellen und politischen Veranstaltung zur Unterstützung unseres Volkes begleiten, das im Kampf gegen den Imperialismus, gegen die Zwangsmaßnahmen steht. Unser Volk erleidet eine vielschichtige Aggression gegen unsere Wirtschaft, unsere Bürger, unseren Geist und unser Denken, einen Medienkrieg und auch einen direkten psychologischen Angriff, indem die Regierung der Vereinigten Staaten, die Trump-Administration, den Einsatz von Gewalt, einen Krieg, androht.

Man kann ihre Ziele damit zusammenfassen, dass sie die Kontrolle über die Reichtümer Venezuelas, über das Erdöl, zurückgewinnen wollen. Das ist eine historische Auseinandersetzung zwischen dem Imperialismus und dem Volk Venezuelas. Sie wollen uns kontrollieren, um die Gewinne einzustecken, um den Kapitalismus zu füttern. Doch das Volk Venezuelas und seine Revolution wollen diese Gewinne kontrollieren, um sie für das Volk zu investieren: in die Gesundheitsversorgung, in die Bildung, in Wohnungen, in die Infrastruktur, um unserem Volk seine sozialen Rechte zu garantieren.

Das ist das Modell, das der Comandante Hugo Chávez entworfen hat und das wir Bolivarisches und Chavistisches Sozialismus des 21. Jahrhunderts nennen. Wir werden dieses Modell und unsere Souveränität weiter verteidigen. Aber das können wir nicht alleine tun.

## »Wir müssen den Wahnsinn aufhalten«

Grüßbotschaft aus Oslo: Dank für Solidarität und Hoffnung auf Respekt für Venezuelas Souveränität. **Von Jorge Arreaza**



Jorge Arreaza ist Außenminister der Bolivari-schen Republik Venezuela. Seinen Beitrag übermittelte er als Audiobot-schaft, die während der Veranstaltung abgespielt wurde.

Der staatliche Erdölkon-zern PDVSA ist das Herz-stück von Venezuelas Wirtschaft



MANA/LANDSCAPE IMAGES FOTO: JORGE ARREAZA, INFOCONTRIBAS (CC BY SA 4.0 INTX) / CORE-REUTERS/CONTRASTO (CC BY SA 4.0 INTX) / CORE-REUTERS/CONTRASTO (CC BY SA 4.0 INTX)

### Gesundheit für alle – Kuba macht es vor!

Wer in Kuba medizinische Behandlung benötigt, erhält diese: frei zugänglich und kostenlos!

Damit in Kuba weiterhin alle Menschen zu ihrem Recht auf Gesundheit kommen, setzt sich mediCuba-Suisse seit über 25 Jahren dafür ein, dass Kuba sein erfolgreiches Gesundheitswesen zugunsten der Bevölkerung erhalten und weiterentwickeln kann.

Helfen Sie mit und unterstützen Sie uns bei unserem solidarischen Engagement für das kubanische Gesundheitswesen!

Spenden: IBAN CH60 0900 0000 8005 1397 3 [www.medicuba.ch](http://www.medicuba.ch)

Unser Amerika erscheint als Beilage der jungen Welt im Verlag B. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin. Redaktion: André Scheer (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Nora Walther, Bildredaktion: Jan Lieske, Gestaltung: Michael Sommer.

Deshalb all unseren Dank und unseren Stolz dafür, dass ihr uns unterstützt. In Deutschland, in Europa, in der ganzen Welt gibt es Solidaritätsbewegungen, denn ihr wisst, dass es in diesem Kampf nicht nur um Venezuela geht. Dieser Kampf geht um die Würde aller Völker der Welt. Wir müssen den Wahnsinn des Imperiums und der ihm unterworfenen Länder ein für allemal aufhalten.

Auf unserem Kontinent, in Lateinamerika und der Karibik, haben sich leider verschiedene Regierungen, die meist von Unternehmern und Geschäftsleuten kontrolliert werden, Donald Trump unterworfen und befolgen seine Kriegsbefehle. Wir aber reichen allen Regierungen der Welt unsere Hand zur Freundschaft. Hoffentlich kommen wir auch mit der Regierung Deutschlands wieder zusammen. Das wird geschehen, wenn sie wieder das Völkerrecht und die Souveränität des venezolanischen Volkes respektiert. Und währenddessen ist unser Volk auf der Straße, kämpft gegen

das durch eine ihm aufgezwungene Wirtschaftsblockade verursachte Leiden. Aber zugleich setzt sich unser Volk auch hier in Oslo und wo immer sonst es sein mag für den Frieden ein, für den Dialog, das Zusammenkommen der Venezolaner und den Respekt für unsere Souveränität und unsere Verfassung.

Ich danke den Menschen in Deutschland sehr für ihre Unterstützung; euch allen, jeder Frau und jedem Mann, die uns unterstützt haben, die jeden Sonnabend in Berlin am Brandenburger Tor oder in anderen Teilen Deutschlands und Europas auf die Straße gegangen sind. Wir werden es schaffen, wir werden siegen, wir werden den imperialen Irrsinn stoppen. Wir werden erreichen, dass die Blockade Venezuelas aufgehoben und das Modell der Bolivari-schen Revolution in der Welt wieder respektiert und geschützt wird. Vielen Dank!

Es lebe der Frieden! Es lebe der Sozialismus! Und es lebe die Souveränität der Völker! Wir werden immer siegen!

## Der Preis der Freiheit



Dem cubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel werden seit seinem Amtsantritt vor über einem Jahr viel Sympathie und Vertrauen durch die Bevölkerung entgegengebracht, zu der er engen Kontakt hält. Die Einheit zwischen Regierung und Bevölkerung ist besonders wichtig zu einer Zeit, wo der US-Imperialismus seine aggressive Politik gegen-

über den fortschrittlichen Regierungen Lateinamerikas ausweitet. Das ist nach den Worten Díaz-Canel der Preis, den die unterdrückten Völker bezahlen müssen, wenn sie die imperiale Ordnung herausgefordert haben.

Das venezolanische Segelschiff im Hafen von Havanna steht symbolisch für die Freundschaft Cubas mit der bolivari-schen Revolution in Venezuela, die momentan besonderem Druck ausgesetzt ist. Das dahinter anliegende Kreuzfahrtschiff soll in Zukunft keine Touristen mehr aus den USA anlanden. Sie werden erneut um ihre Freiheit gebracht, sich selbst ein Bild von der cubanischen Realität zu machen. Reiseunternehmen, die US-Touristen nach Cuba gebracht hatten, mussten im nachhinein hohe Straf-gelder

bezahlen. Doch Cubas Wirtschaft und seine Menschen werden durch diese fast hilflos anmutenden Anstrengungen der Trump-Administration nicht auf die Knie gezwungen.

Das gilt auch für Venezuela, wo der von niemandem gewählte Operettenkaiser Guaidó ohne Kleider dasteht und zunehmend zu einer Lachnummer wird. Darüber hinaus hat Präsident Maduro die schon unter Hugo Chávez nach cubanischem Vorbild aufgebauten bewaffneten Volksmilizen auf mehr als 1,5 Millionen Männer und Frauen erweitert. Ja, Lateinamerikas Völker sind dabei, ihre Lektion aus Chile 1973 zu lernen – ihnen die Freiheit zu nehmen wird schwieriger.

Wir, das Netzwerk Cuba, stehen solidarisch an der Seite der für eine bessere Welt kämpfenden Völker – eine Spende von euch trägt dazu bei, dass wir unsere ehrenamtliche Arbeit voranbringen.

Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.

Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin · [Info@netzwerk-cuba.de](mailto:Info@netzwerk-cuba.de)

Tel. 030-240 093 38 · Spenden: Postbank Berlin · BIC: PBNKDEFF

IBAN: DE52 1001 0010 0032 3301 04

**NETZWERK CUBA**  
- informationsbüro - e.V.

Nachrichten aus und über Cuba: [netzwerk-cuba.de](http://netzwerk-cuba.de)



# »Wir sind die Mehrheit«

Über die Geschichte einer Konfrontation, das aktuelle Kräfteverhältnis und die Bedeutung der Solidarität. **Von Carolus Wimmer**

Vielen Dank, dass Ihr uns eingeladen habt. Dies ist ein Kampfabend gegen den Imperialismus, damit es auch Donald Trump im Weißen Haus in Washington hört: Hände weg von Venezuela! Yankees Go Home! Gerade angesichts der vielen Fake News, die über Venezuela und unseren Kampf, über die Regierung und unseren Präsidenten Nicolás Maduro verbreitet werden, müssen sie merken, dass sich nicht nur in Venezuela, sondern überall auf der Welt Solidarität und Widerstand zeigen.

Wenn wir von Lateinamerika sprechen, ist es wichtig zu beachten, dass die Außenpolitik der Vereinigten Staaten seit 200 Jahren der selben Linie folgt. Es begann 1823 mit der Monroe-Doktrin und der Losung »Amerika den Amerikanern«. Heute heißt sie: Die ganze Welt den Amerikanern, oder »America First«. Das bedeutet, dass die Elite der USA – nicht das US-amerikanische Volk –, für sich das Recht in Anspruch nimmt, uns auszubeuten und über uns zu bestimmen.

Im 19. Jahrhundert entstand auch die Doktrin der »Manifest Destiny«, derzufolge das nordamerikanische Volk von Gott ausersehen ist, seine Demokratie und Visionen in andere Länder zu tragen und die Welt zu beherrschen. Und drittens eine auf Präsident Rutherford B. Hayes (1822–1893) zurückgehende Weiterentwicklung der Monroe-Doktrin, wonach alle Gewässer unseres Kontinents von den USA kontrolliert werden müssen. Sie nehmen für sich also das Recht in Anspruch, an jedem Ort anwesend zu sein. Das vierte interessante Dokument ist das Roosevelt-Corollary. Was US-Präsident Theodor Roosevelt 1904, vor über 100 Jahren, sagte, klingt wie die heutige Politik des Landes: Die nordamerikanische Regierung habe das Recht und die Pflicht, die Interessen des Landes und auch der US-Unternehmen zu verteidigen, wenn diese in Gefahr

sind. Washington müsse eingreifen, um die Situation zu korrigieren. Wenn das aber von der Regierung des anderen Landes verweigert werde, müsse sie gestürzt werden. Das ist dasselbe, was uns heute als Regime-Change-Politik angeboten wird. Ich will damit nur kurz andeuten, dass wir es nicht mit etwas Neuem zu tun haben, das sich Donald Trump oder vorher Barack Obama haben einfallen lassen.

In Venezuela herrscht täglicher Klassenkampf. Was Ihr in den Medien lesen, hören oder sehen könnt, ist oft richtig, manchmal aber auch falsch, also Lügen und Halbwahrheiten. Man muss sich deshalb immer fragen: Was steckt dahinter? Und wer steckt dahinter? Welche Klasseninteressen stecken dahinter? Denn hinter Trump stehen die Industrie- und Finanzmonopole.

Ich möchte vier Faktoren nennen, die in diesem Zusammenhang wichtig sind. Erstens spielt die Geopolitik eine große Rolle, also das internationale Kräfteverhältnis. Trotz aller Anstrengungen der USA und auch einiger Regierungen in Europa haben 140 Länder Nicolás Maduro als Präsident Venezuelas anerkannt. Das ist eine klare Mehrheit, und unter diesen 140 Ländern befinden sich auch solche »kleinen und unbedeutenden« Staaten wie China, Russland und natürlich Kuba.

Zweiter Punkt: die Wirtschaft. Hier gibt es große Schwierigkeiten, die man nicht leugnen kann. Venezuela befindet sich nach wie vor in der Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, und so erleben wir in Venezuela alles Dekadente, das ganze Krisensystem des Kapitalismus. Das ist Klassenkampf, und in diesem greift das Kapital zu allen legalen und illegalen Mitteln, um den Willen des venezolanischen Volkes zu brechen. Wichtig ist aber, dass wir eben keine kapitalistische Regierung haben, die alle Leiden und Schulden dem Volk zuschiebt.



MIHALOES PALACIANDOUT VIA REUTERS

Trotz aller Schwierigkeiten betreibt sie Sozialpolitik, Wohnungspolitik. Es gibt Unterstützung für die Rentner und Pensionäre, bei der Lebensmittelversorgung und im Gesundheitswesen. Die Situation ist schwierig, aber es besteht die große Hoffnung, dass wir die Probleme lösen werden.

Die dritte Frage ist: Wie reagieren die Massen? Sind die Massen organisiert? Wen unterstützen sie? Stehen sie auf der Seite der Bolivarischen Revolution oder stützen sie diesen Hampelmann, der sich zum Präsidenten ernannt hat?

Der tägliche Kampf beweist, dass die Mehrheit der Bevölkerung Venezuelas hinter der Regierung, hinter dem rechtmäßig gewählten Präsidenten Nicolás Maduro und hinter der bolivarischen Verfassung steht. Wir verteidigen im Moment das bereits Erreichte. Aber die zweite Aufgabe ist natürlich, auch das noch nicht Erreichte zu erkämpfen. Das ist ein Teil unseres Kampfes, eine neue Form der Demokratie, die partizipative Demokratie. Die Bevölkerung unterstützt den legitimen Präsidenten Nicolás Maduro, alle anderen Behauptungen sind Märchen aus den Medienshows.

Damit kommen wir zum vierten Punkt, den Institutionen. Funktionieren sie oder funktionieren sie nicht? Wen unterstützen sie? Wen erkennen sie an?

Die Institutionen sind verfassungstreu und unterstützen die Veränderungen im Land. Die einzige Ausnahme – und das ist eine Warnung für uns – ist die Nationalversammlung. Die Parlamentswahlen 2015 wurden von der Opposition gewonnen. Aber ein solcher Wahlerfolg bedeutet natürlich nicht,

dass das Parlament die Aufgabe hätte, den in Venezuela direkt von der Bevölkerung gewählten Präsidenten zu stürzen. Um es mit der Bundesrepublik zu vergleichen: Das wäre, als wenn der Bundespräsident plötzlich aufstehen und verlangen würde, die Regierung zu stürzen. Das verstößt gegen das Recht und muss natürlich von der Justiz bestraft werden.

Alle anderen Institutionen sind stabil. Eine der wichtigsten von ihnen sind die nationalen Streitkräfte. Über diese wird viel Blödsinn verbreitet, etwa dass 90 Prozent der Militärs Präsident Maduro ablehnen würden. Aber dann planen sie einen Putsch, und nur 116 Angehörige der Truppen laufen zu ihnen über. Die Streitkräfte Venezuelas, die Fuerza Armada Nacional Bolivariana, sind verfassungstreu und erkennen Nicolás Maduro als ihren Oberkommandierenden an.

Damit komme ich zum dritten Thema, der Solidarität. Oft ist man sich nicht bewusst, was ein voller Saal wie dieser hier bedeutet. Vielleicht denkt auch mancher, dass man nicht viel machen kann. Aber die Solidarität ist weit, und es ist die Summe der aktiven Solidarität aus Zellen, Treffen, Menschen, Aktionen, Flugblattverteilungen, der jungen Welt, die bisher verhindert haben, dass die USA militärisch in Venezuela einschreiten. Oft sind wir uns dieser Stärke nicht bewusst, doch es hat sich mehrmals in der Geschichte gezeigt, dass wir die Mehrheit sind. Nicht Trump oder sonst wer, sondern wir sind die Mehrheit, und das müssen wir zeigen.

Angehörige der Bolivarischen Miliz zeigen die CLAP-Lebensmittelpakete, mit denen rund 90 Prozent der venezolanischen Bevölkerung versorgt werden



CHRISTIAN OTSCHKE  
Carolus Wimmer ist Internationaler Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Venezuelas

ANZEIGE

## „Herr Trump, mit welchem Recht treten Sie meine Zukunft mit Füßen?“

Die Bilder gleichen sich: Wie hier in Kuba protestieren Menschen in vielen Ländern gegen die Einnischung des Imperialismus in ihre Angelegenheiten – sei es durch Kriegshandlungen, Blockaden oder das Anheizen innerer Konflikte. Ziel sind nicht die Menschenrechte, sondern die Verfügungsgewalt über Rohstoffe und Ländereien. Dazu müssen Marionettenregierungen an die Macht gebracht werden, die den westlichen Interessen gefügig sind.

Im Falle Kubas kommt hinzu, dass die Revolution seit 6 Jahrzehnten den unterdrückten Völkern ein Beispiel des Widerstandes und der internationalen Solidarität bietet, welches immer wieder Nachahmer findet und als echte Alternative in die Zukunft weist: Was das Land in Bezug auf die soziale Absicherung seiner Menschen, partizipative Demokratie sowie in Bereichen wie Forschung, Medizin, Bildung, Umweltschutz und Kultur geschafft hat, ist bei den schlechten wirtschaftlichen Voraussetzungen weltweit beispiellos. Verleumdungen und Blockaden werden das kubanische Volk nicht von seinem Weg abbringen.

Wir fordern ein Ende der US-Wirtschaftsblockade und stehen solidarisch an der Seite Kubas! Unterstützt unsere Arbeit durch eine Spende.



**Solidarität mit Venezuela auf der Maidemonstration des DGB in Frankfurt am Main**

Ich möchte mich bei den Organisatoren für diese antiimperialistische Veranstaltung bedanken, die hier und heute wichtig ist, weil die deutsche Regierung Politik gegen ein Land betreibt, das für uns ein Bruderland ist. Wir sind deshalb hier, um zu sagen: Wir sind Venezuela! Wir sind solidarisch mit diesem für die Welt so wichtigen Volk.

Ich arbeite für die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und leite in deren Bundesverwaltung den Bereich Einzelhandel. Heute spreche ich allerdings nicht für die Gewerkschaft, sondern als Privatperson. Das war in früheren Zeiten einmal anders. Damals stellten sich die Gewerkschaften noch an die Seite der Länder, die von Krieg bedroht waren. Es wäre höchste Zeit, dass der DGB und die Einzelgewerkschaften hier wieder klar Position beziehen.

Es ist noch nicht lange her, dass wir uns als Gewerkschaften zum Beispiel mit der Sandinistischen Revolution in Nicaragua solidarisiert haben. Als wir mit Brigaden dort waren, um dem US-Imperialismus zu zeigen, dass er den lateinamerikanischen Kontinent nicht als seinen Hinterhof ansehen kann, sondern die Souveränität der Länder zu akzeptieren hat. Daher verwundert es mich, dass sich viele unserer Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften heute lieber wegduckten und von den Massenmedien beeinflussen lassen – und damit letztlich dem Imperialismus eine Steilvorlage liefern. Dabei sind Frieden und Demokratie für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zentrale Themen. Es ist zentral, dass wir uns an die Seite der progressiven Kräfte stellen, wenn Länder von imperialistischen Kräften bedroht werden, wenn man sie blockiert, von humanitärer Hilfe abschneidet und versucht, sie finanziell zu ruinieren.

Erlaubt mir bitte, ein paar Stellen aus der Satzung des DGB zu zitieren. Zu den Zielen des Deutschen Gewerkschaftsbundes heißt es dort: »Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften (...) treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein«. Das gilt es heute auch in den eigenen Gewerkschaften zu verteidigen.

Bundesaußenminister Heiko Maas hat am 10. Mai dazu aufgerufen, bei der EU-Wahl ein Zeichen gegen rechts zu setzen und von einer Mischung aus Größenwahn, Werteverfall und Demokratieverachtung gesprochen. Gemeint war die FPÖ in Österreich. Ich frage mich aber: Wie passen diese Worte des Außenministers damit zusammen, dass er sich nur kurz zuvor in Brasilien mit einem astreinen Faschisten getroffen hat? Das ist doch doppelzüngig, das ist nicht glaubwürdig. Das ist eine



## »Wir sind Venezuela«

Über gewerkschaftliche Solidarität, die Politik der Bundesregierung und die bolivariische Verfassung. **Von Orhan Akman**



Orhan Akman ist Mitglied der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi

Politik, die den Faschisten in die Karten spielt.

Ich habe selbst mehrere Jahre lang in Lateinamerika gelebt und dort für die Gewerkschaften gearbeitet. Ich weiß, was es heißt, sich dort für Demokratie, Menschenrechte und Gewerkschaftsrechte einzusetzen. In Peru und Kolumbien, wo ich gelebt und gearbeitet habe, habe ich kaum eine gewerkschaftliche Veranstaltung erlebt, zu der Funktionäre einer demokratischen Gewerkschaft ohne Leibwächter gehen konnten. Ich habe Streiks erlebt, die von der Polizei grundlos niedergeprügelt wurden. Und ich habe viele

Kolleginnen und Kollegen erlebt, die sich dort trotzdem mit Mut, mit Engagement gewehrt haben.

In Kolumbien werden jährlich über 100 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ermordet, über 3.000 in den letzten 30 Jahren. Kolumbien steht damit an der Spitze der Länder mit den meisten Morden an Gewerkschaftern. Ich frage mich, und ich frage den deutschen Außenminister, der sich in Kolumbien mit der Regierung getroffen hat: Spielt denn diese Verachtung für die Menschenrechte keine Rolle, spielen die Morde an Menschenrechtsaktivisten und Gewerkschaf-

rinnen und Gewerkschaftern keine Rolle? Bevor man mit dem Finger auf Venezuela zeigt, sollte man sich anschauen, was gerade in Brasilien los ist, an dessen Spitze der Faschist Jair Bolsonaro steht, oder mit welcher korrupten Regierung wir es in Kolumbien zu tun haben. Oder Peru, ein wunderschönes Land. Aber die letzten fünf Präsidenten wurden alle gerichtlich verfolgt, weil sie das Land bestohlen haben und im Verdacht der Korruption stehen.

Bevor er nach Brasilien gereist ist, sagte Maas, dass es sinnvoll sei, hinzufahren und nicht nur aus der Ferne den Kopf zu

ANZEIGEN

60 Jahre erfolgreicher  
Widerstand gegen  
das kriminelle Monster im  
Norden: **Es lebe Cuba**  
und seine Revolution!  
**Es lebe die internationale  
Solidarität!**

Vereinigung Schweiz-Cuba  
PC 30-36190-7 / www.cuba-si.ch

**M-26-7**

**Fiesta de Solidaridad**

Sonnabend, 27. Juli, 14–22 Uhr, Parkaue Lichtenberg

Internationale Gäste, Musik und Talk auf zwei Bühnen, Ausstellungen, Kulinarisches, Soli-Tombola (Hauptpreis: ein Flugticket nach Kuba). **Konzert: 44 Leningrad, Compania Bataclan, Conexión Cubana** u.v.a.

Cuba Sí – AG in der LINKEN, www.cuba-si.org, 030-24 009 455





nicht gewöhnt. Auch ich bin nicht Merks Freund. Auch ich bin nicht mit allem einverstanden, was die Bundesregierung macht. Aber ich ernehme mich nicht von heute auf morgen selbst zum Präsidenten.

Was erlaubt es der Bundesregierung, die Souveränität eines Landes so in Frage zu stellen und jemanden, der sich von heute auf morgen zum Präsidenten ausruft, nicht nur zu unterstützen, sondern ihn auch noch zu hofieren, während man zugleich alles unternimmt, um einen Präsidenten in Frage zu stellen, der demokratisch gewählt wurde? Eine demokratisch gewählte deutsche Regierung darf nicht mit Putschisten zusammenarbeiten.

Dass es anders geht, machen gerade unsere Nachbarn in Norwegen vor. Oslo hat die Initiative ergriffen, die Regierung Venezuelas und die sogenannte Opposition einzuladen und eine Vermittlung zu versuchen. Solche Initiativen würde ich mir auch von der deutschen Bundesregierung wünschen. Ich würde mir wünschen, dass man friedensstiftend unterwegs ist und sich nicht auf eine Seite schlägt, die nicht einmal die Mehrheit der Bevölkerung darstellt, sondern die den Interessen einer Clique und den Vorgaben des US-Imperialismus folgt.

Es ist nicht nur schade, sondern – wenn man es genau nimmt – eine Schande für Deutschland, dass sich Heiko Maas dermaßen auf dem Fenster lehnt. Wenn man die Historie der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anschaut, ist das beschämend.

Es ist beschämend, aber die SPD hat diesen Pfad ja längst verlassen. Ich erinnere nur daran, wie SPD und Grüne den Weg geebnet haben, um in Jugoslawien einzumarschieren. Der Afghanistan-Einsatz und jetzt die Präsenz der Bundeswehr in Mali sind doch Zeichen, dass man aus dem Zweiten Weltkrieg und aus dem Ersten Weltkrieg nichts gelernt hat, sondern mit den gleichen Methoden weitermacht. Die Interessen der Rüstungsindustrie gehen vor, und es ist egal, wie es mit der Demokratie auf einem Kontinent weitergeht.

Damit muss Schluss sein. Die Souveränität Venezuelas muss geachtet und respektiert werden.

Ich habe ein kleines Buch dabei, die Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela. Daraus möchte ich ein, zwei Stellen zitieren, denn es gibt in diesem Text einige Passagen, aus denen auch wir noch etwas lernen könnten – wohl wissend, dass nicht alles Gold ist, was glänzt, dass Venezuela wirtschaftliche Probleme hat. Aber welches Land hat das nicht. Und es obliegt uns nicht, das zu beurteilen. Unsere Aufgabe ist es, darauf zu schauen, was passiert, zu helfen und uns zu solidarisieren, aber auch bescheiden zu sein und zu lernen.

Ich möchte an zwei, drei Stellen zeigen, wie in der Verfassung dieses Landes die Rechte der Beschäftigten verankert sind. Ich glaube, man könnte sich auch da an der einen oder anderen Stelle ein Scheibchen abschneiden.

Artikel 90 der Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela sagt: »Die Arbeitszeit darf täglich acht Stunden und achtundvierzig Stunden in der Woche nicht überschreiten. Soweit gesetzlich zulässig darf nächtliche Arbeitszeit sieben Stunden täglich und fünfunddreißig Stunden in der Woche nicht überschreiten.« – Wir haben in Deutschland deutlich mehr. – »Kein Arbeitgeber oder Arbeitnehmer darf die Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen zwingen, Überstunden zu leisten.« Wir haben in Deutschland zwei Milliarden Überstunden jährlich, davon eine Milliarde nicht bezahlt. »Eine fortschreitende Verringerung der täglichen Arbeitszeit wird angestrebt« – in unserem Grundgesetz steht so etwas nicht.

Artikel 88 ist auch interessant. »Der Staat erkennt die Hausarbeit als eine Wirtschaftstätigkeit an, die Mehrwert erzeugt und Werte sowie sozialen Wohlstand schafft. Hausfrauen haben entsprechend der gesetzlichen Regelungen das Recht auf soziale Absicherung.« Das ist bei uns nicht der Fall, sondern etwas, wofür wir seit Jahren kämpfen, vor allem in den Branchen, in denen viele Kolleginnen, viele Frauen beschäftigt sind. In Artikel 91 heißt es: »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird garantiert, und es wird der Anteil festgelegt, der den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen am Gewinn des Unternehmens zustehen soll.«

Was mir auch ganz gut gefällt, ist, dass im Arbeitsgesetz Venezuelas ausdrücklich festgeschrieben ist, die kapitalistische Ausbeutung überwinden zu wollen. Das, glaube ich, sollte man ab und zu auch in diesem Land äußern. Wie ich gesagt habe, mir ist bewusst, dass noch nicht alles davon umgesetzt wurde, was auch mit der Blockade und mit gemachten Fehlern zu tun hat. Es hat auch mit dem Kontinent selbst zu tun und damit, dass viele Länder Lateinamerikas nie eine industrielle Revolution durchgemacht haben und ihre Märkte mit Billigprodukten aus den anderen Ländern überschwemmt werden. Es wäre vielleicht ein Ansatz, in diesen Ländern zu diskutieren, wie man eigene Wirtschaftszweige, eine eigene Produktion auf die Beine stellt, um die Abhängigkeit von außen zu verringern, aber das wäre noch mal eine spezielle Debatte.

Neuerdings zitiert auch Venezuelas Opposition die Verfassung. Ich halte es für einen der größten Widersprüche, dass sie einerseits sagen, dass Nicolás Maduro ein Diktator sei, dann aber frei herumlaufen können. Das spricht eher

für die Regierung Venezuelas und nicht gegen sie.

Wenn wir von den Rechten der Beschäftigten sprechen, wenn wir von Menschenrechten sprechen, wenn wir von Demokratie sprechen, dann ist das Entscheidende meines Erachtens: Es ist das Recht jedes Menschen, in Frieden zu leben. Ohne Frieden gibt es keine Entfaltung. Und wir wissen alle, dass dort, wo ein Krieg beginnt, als erstes die Wahrheit stirbt. Darauf zielen die USA und die Europäer ab. Statt dem Land Hilfe zu gewähren, unterstützt man einen Wirtschaftskrieg, der das Land noch weiter in den Ruin führt. Die deutsche Regierung hatte fünf Millionen Euro als humanitäre Hilfe in Aussicht gestellt, will diese nun aber nicht übergeben, nicht einmal dem Roten Kreuz. Auch das spricht für sich.

In den USA wurde erst kürzlich veröffentlicht, dass in den letzten Jahren in den Krankenhäusern Venezuelas durch die Blockade mehr als 40.000 Menschen gestorben sind, weil sie keinen Zugang zu benötigten Medikamenten hatten. Und die USA rühmen sich auch noch damit. Das ist eine Schande. 40.000 Menschen, die man hätte retten können, gehen auf das Konto dieser Politik – und die deutsche Regierung beteiligt sich daran. Sie ist vor dem US-Imperialismus in die Knie gegangen, allen voran Heiko Maas und seine SPD. Wir brauchen dringend einen Kurswechsel in der Politik. Diese Regierung, dieser Heiko Maas, repräsentiert uns nicht! Wir sagen deshalb von hier aus: Hoch die internationale Solidarität! Hände weg von Venezuela! Wir lassen uns nicht spalten! Wir sind Venezuela!



schütteln. Es gebe die Bereitschaft zum Dialog und zur Weiterentwicklung der Beziehungen. Und im gleichen Atemzug wird dann der Dialog mit Venezuelas Regierung, mit Präsident Nicolás Maduro abgelehnt, während man einen selbsternannten »Präsidenten«, eine Marionette des US-Imperialismus, hofiert. Das kann doch nicht mit einer seriösen Außenpolitik vereinbar sein. Und es kann auch nicht im Sinne der deutschen Bevölkerung sein.

Man stelle sich vor, einer von uns würde sich in Deutschland selbst zum Präsidenten ausrufen. Man würde sofort die Geheimdienste und den ganzen Polizeiparagrafen aktivieren und diese Person in den Knast stecken. Auch ich habe Merkel

**ANZEIGE**

**Ernährungssicherheit für Kuba durch Einsatz von Solarenergie!**

Dank der großartigen Unterstützung vieler Freunde Kubas wurden für unser aktuelles Projekt zum Einsatz von Solaranlagen in der Landwirtschaft bis Ende Juni 2019 **135.342 €** gespendet, vielen Dank!

Nun wurden bereits in der Provinz Artemisa 14 solare Tauchpumpen mit je 4 Sprengern installiert, die täglich 20 bis 30 ha Gemüseflächen bewässern können. Dadurch kann die Produktion auf das Dreifache gesteigert werden.

Wir wollen bis zum 26. Juli unser Ziel erreichen, aber noch fehlen **19.658 €**, um alle Maßnahmen zu realisieren.

**Wir wenden uns an die Freunde Kubas: Spenden Sie für dieses lebensnotwendige Projekt!**

**KarEn** VEREIN ZUR FÖRDERUNG ALTERNATIVER ENERGIEIN IN DER KARIBIK e.V.

Spendenkonto **KarEn** e.V.  
 Kennwort: Ernährungssicherheit für Kuba  
 Postbank Berlin, BIC: PBNKDEFF  
 IBAN: DE 78 100 100 100 589 463 104  
(Spenden sind steuerlich absetzbar, bitte Adresse angeben)

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin, Tel./Fax (030) 24 00 94 70  
 E-Mail: [karen@karen-berlin.de](mailto:karen@karen-berlin.de) [www.karen-berlin.de](http://www.karen-berlin.de)

**ANZEIGE**

**GegenStandpunkt 2-19**

**Der Sandinismus in Nicaragua kommt zu seinem erzwungenen Ende**

**Trumps Lateinamerika und die Troika der Tyrannei**

Am Feiertag der Völker Panamerikas verkündet Trump die aktuell geltende Fassung des in Washington herrschenden Verständnisses von Lateinamerika als „Hinterhof der USA“. Im Rahmen ihrer gemeinsamen Mission für den Fortschritt der Freiheit auf dem Doppelkontinent sind nach Auffassung der Vormacht die Aufgaben zwischen den Völkern Amerikas eigentlich klar verteilt: Die im Süden sollen einfach ihre Armut, ihre Drogen und all das Verbrechen, das damit verbunden ist und sich an den USA mit Milliarden Dollars vollsaugt, bei sich behalten. Vor allem sollen sie ihre elenden Massen nicht einfach migrieren lassen, wohin sie wollen. Im Gegenzug ist auch die Führungsnation des Weltkapitalismus bereit, das Ihre zum Zusammenleben aller Amerikaner beizutragen: Sie radikalisiert nach Kräften das Grenzregime, wirft möglichst viele „Illegale“ aus dem Land, sorgt für ein neues Einwanderungsrecht für die besten Köpfe auch aus Lateinamerika und stärkt mit der Androhung von Strafzöllen für Einfuhren aus Mexiko den Willen des südlichen Nachbarn, „die illegale Migration über die gemeinsame Grenze in die USA zu stoppen“. Vor allem aber unterstützt sie die Völker der drei „Tyrannen-Staaten“ Kuba, Venezuela und Nicaragua „weiterhin in ihrem Kampf für die Wiederherstellung von Demokratie und Freiheit“...

Die aktuelle Politik der USA zur Beendigung des Maduro-Regimes in Venezuela verbindet Trumps Sicherheitsberater Bolton mit dem Verweis darauf, dass, was die endgültige Verbreitung der Freiheit in Lateinamerika betrifft, ein über Venezuela hinausreichender US-amerikanischer Handlungsbedarf besteht: In Caracas herrscht ja nur ein Vertreter der „Troika of Tyranny in this Hemisphere – Cuba, Venezuela and Nicaragua“. Während indessen fast täglich der Stand und die weiteren Chancen des von den USA betreuten Aufstandes gegen Maduro öffentlich erörtert werden, bleibt es in Sachen Nicaragua zumeist bei der Erinnerung daran, dass eben auch dort ein überfälliger Diktator zur Abwicklung ansteht. Das heißt jedoch nicht, dass die US-Macht hier bislang untätig geblieben ist...

**Vollständiges Inhaltsverzeichnis der Zeitschrift unter [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)**  
**GegenStandpunkt 2-2019 ist für 15 € über den Buchhandel zu beziehen oder durch Bestellung an:**  
**Gegenstandpunkt Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München**  
**Tel.: 089-2721604; Fax: 089-2721605; E-Mail: [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)**



»Yankees Mörder, raus aus Venezuela und aus der Welt!«: Auch in Kolumbiens Hauptstadt Bogotá protestierten Menschen vor der US-Botschaft gegen eine US-Intervention im Nachbarland (7.2.2019)

## »Es geht nicht nur um Venezuela«

Über die Bedrohung durch Kolumbien und die Rolle der Paramilitärs. Von **Hernando Calvo Ospina**



**Hernando Calvo Ospina** ist Journalist und Buchautor, stammt aus Kolumbien und lebt seit 1986 in Frankreich

**G**uten Abend! So viele Menschen! Das ist einmalig in Europa, meinen Glückwunsch an die Organisatoren!

Ich bin gebeten worden, zu einem Thema zu sprechen, das in Kolumbien und weltweit viele, zu viele Menschenleben gefordert hat. Es geht um den Paramilitarismus und, im Fall Kolumbiens, um den Narko-, den Drogenparamilitarismus, der eine große Bedrohung auch für Venezuela ist. Es handelt sich um ein Phänomen, das nicht mit der Bolivarischen Revolution entstand, sondern in Kolumbien und weltweit bereits eine lange und traurige Geschichte hat. Denn der Paramilitarismus entstand

nicht in Kolumbien und zieht nicht nur Venezuela in Mitleidenschaft.

Der Paramilitarismus entstand in den Indochina-Kriegen und den Kolonialkriegen in Afrika. Er war Teil der Geheimoperationen Frankreichs, der USA und Großbritanniens. Was diese nicht aus den von den Parlamenten bewilligten Geldern finanzieren durften, wurde mit schmutzigem Geld bezahlt. Während der Kriege gegen den Freiheitskampf der Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha fiel den USA und Frankreich nichts besseres ein, als sich mit dem Opiumhandel einzulassen. Der schmutzige Krieg vor allem gegen das vietnamesische Volk wurde mit Geldern aus dem Opiumhandel finanziert, während US-Präsident Richard Nixon behauptete, dass man auch Krieg gegen das Opium führe. Doch die USA waren immer schon die verlogenste Macht der Weltgeschichte.

Heute arbeiten die Paramilitärs mit dem offiziellen Militär zusammen und übernehmen die Drecksarbeit. Sie bringen Kinder und schwangere Frauen um, und die offiziellen Streitkräfte bleiben sauber, weil man hinterher nicht weiß, wer die Taten begangen hat. Es ist eine schmutzige Arbeit, die sie in Indochina gelernt haben.

### Kokain und Paramilitärs

In Lateinamerika hat Guatemala ganz besonders unter diesem Phänomen gelitten, dort wurde fast die gesamte indigene Bevölkerung ausgerottet. Fast eine Million Indigenas starben durch die Paramilitärs, während sich die offiziellen Kräfte und Washington die Hände in Unschuld wuschen.

In Fall Kolumbiens gibt es eine Besonderheit, die im Zusammenhang mit der Kubanischen Revolution 1959 steht. Den USA wurde damals bewusst, dass ihr Feind nicht von außen, nicht aus der Sowjetunion kommen würde, sondern im Inneren stand. Das hat Präsident John F. Kennedy verkündet, den alle Welt – oder fast alle Welt – bewundert und für den besten Präsidenten hält, den die USA je gehabt haben. Für die Lateinamerikaner war Kennedy einer der schlimmsten Barbaren, denn er hat uns blutige Diktaturen und unzählige Tote

beschert. Zusammen mit seinem Bruder Robert Kennedy hat er die »Doktrin der Nationalen Sicherheit« entwickelt, und mit dieser begann die Zusammenarbeit von Uniformierten und Zivilisten. Und letztere übernahmen, wie gesagt, wie in Vietnam die Drecksarbeit.

Kolumbien hat eine Besonderheit: Es liegt nahe an den USA, und seine südlichen Gebiete sind gut geeignet für den Anbau von Kokablättern, die dann zu Kokain für den Export weiterverarbeitet werden. In Kolumbien herrschte schon lange Krieg, noch vor den USA eröffnete das Land nach der Kubanischen Revolution die erste Schule zur Aufstandsbekämpfung. Dort wurde zum ersten Mal in Lateinamerika die organisierte Zusammenarbeit von Militärs und Zivilpersonen institutionalisiert.

1979 entstand ein weiteres Problem für die USA. Mit dem Sieg der Sandinistischen Revolution in Nicaragua war Kuba nicht mehr alleine. US-Präsident Ronald Reagan und sein Vizepräsident George Bush verkündeten, dass mit der nicaraguanischen Revolution Schluss gemacht werden müsse. Der Kongress verbot aber, Militärhilfen an die Contras in dem mittelamerikanischen Land auszusenden. Reagan beauftragte daraufhin Bush damit, das Geld dort zu besorgen, wo es zu bekommen war, um so Geheimoperationen zu finanzieren, wie sie es schon in Vietnam gemacht hatten.

Ende der 70er Jahre war Kokain wieder populär geworden, und die US-Bürger begannen, es in großen Mengen zu konsumieren. Kokain wird produziert, weil es dafür einen Markt gibt. Die USA wandten sich an die Drogenbanden in Kolumbien und sorgten dafür, dass diese das Kokain an die CIA weitergaben. Der Geheimdienst brachte die Drogen in die USA und verkaufte sie dort, und mit dem Geld aus diesen Geschäften wurden Waffen für die Contras in Nicaragua gekauft.

### Kuba als Kronjuwel

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es keine kolumbianische Mafia gegeben, sondern nur Drogenhändler, die ein paar Kilo Kokain in die USA brachten. Aber mit dem antisandinistischen Krieg von Reagan und Bush wurden sie zur Mafia, wurden groß und mächtig. Sie begannen damit, die Paramilitärs unter ihre Kontrolle zu bringen, die bis dahin noch aus kleinen Gruppen bestanden hatten. Ich erfinde das nicht, das stammt aus einem Bericht, den jemand verfasste, der bis vor kurzem Chef des US-Außenministeriums war, John Kerry. Er schrieb 1986 einen Bericht darüber, wie Reagan und Bush mit Geld aus dem Kokainhandel die nicaraguanischen Contras finanziert haben. Das hat den Paramilitarismus und Terrorismus erst geschaffen. Auch Pablo Escobar, denn wohl alle Welt kennt, ist eine Kreatur der CIA, von Reagan und Bush. Das steht im Bericht von John Kerry, den man im Internet finden kann (siehe: [kurzlink.de/kerry-report](http://kurzlink.de/kerry-report)). So entstanden die kolumbianische Mafia, Pablo Escobar und die Kartelle, und mit ihnen wuchs der Paramilitarismus als eine Kraft zur Aufstandsbekämpfung, gegen die kolumbianischen Guerillaorganisationen.

Was wir heute in Kolumbien erleben, und was für Venezuela nach den Drohungen der USA die größte Gefahr für die Sicherheit des Landes darstellt, ist die Folge davon. Das Monster, zu dem der Paramilitarismus in Kolumbien geworden ist, bestimmt heute den Kurs des Landes. In Kolumbien herrscht der Drogenparamilitarismus, der insbesondere mit einem Herrn namens Álvaro Uribe Vélez an die Macht kam. Uribe war Präsident und behauptet von sich, der beste Präsident Kolumbiens gewesen zu sein. Für mich ist er der größte Mörder, den es in Kolumbien bis heute gegeben hat. Er lebt noch und läuft frei herum, obwohl alle Welt weiß, dass er einer der größten Drogenterroristen ist, den es in diesem Land je gegeben hat.

Kolumbien ist von den USA besetzt. Es gibt neun offizielle Militärbasen der USA. Kein General der kolumbianischen Armee hat dort das Recht, einem Leutnant oder Hauptmann der US-Armee etwas zu sagen, während sogar ein US-Hauptmann einem kolumbianischen General Befehle erteilen darf. Und die USA können auch jeden kolumbianischen Stützpunkt besetzen, wann und wo es ihnen einfällt, ohne auch nur auf den kolumbianischen Präsidenten Rücksicht nehmen zu müssen.

Nachdem die FARC, die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, die älteste Guerillaorganisation Kolumbiens, die Waffen abgegeben und die von ihr kontrollierten Gebiete geräumt hatte, wurden diese von den Paramilitärs besetzt. Vor allem ein strategisch wichtiges Gebiet, die Grenze zwischen Kolumbien und Venezuela. Diese Zone ist nicht nur deshalb wichtig, weil sie eine Grenze an sich ist, sondern vor allem, weil sie die Grenze zu Venezuela ist, einem vor allem an Erdöl reichen Land. Eines der Ziele, die die USA mit ihrem erfolglosen Versuch verfolgten, Präsident Maduro zu stürzen, ist es, Venezuela zu spalten und sich zu unterwerfen. Und das tun sie im Bündnis mit den kolumbianischen Paramilitärs.

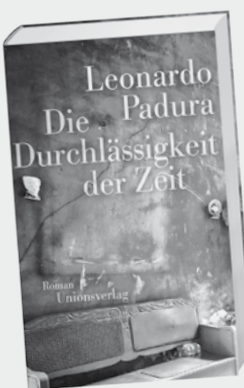
Einer der Pläne gegen Venezuela sieht vor, den Westen Venezuelas, die Basis der Erdölindustrie, abzuspalten und das Gebiet um Maracaibo zu einer von ihnen kontrollierten Zone zu machen. Doch zum Glück gibt es auch heute noch Guerrillas in Kolumbien, und die stellen ein wichtiges Gegengewicht dar. Und zum Glück hat die venezolanische Regierung drastische Maßnahmen ergriffen, um die Grenze zu verteidigen. Und die Guerilla der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) hat öffentlich erklärt, dass sie diese Grenze verteidigen wird. Ohne die Grenze nach Venezuela zu überschreiten, werde man nicht hinnehmen, dass sich die Paramilitärs dieser Grenze bemächtigen. Denn das würde hier einen großen Krieg bedeuten.

Kolumbiens Regierung war immer der Kain, der größte Vertreter aller Länder Lateinamerikas, um den USA zu Diensten zu sein. Doch sie hat ein großes Problem. Die USA glauben, dass sie Venezuela von Kolumbien aus angreifen können. Aber davor hat das Oberkommando des kolumbianischen Militärs große Angst und Vorbehalte. Warum? Weil sie in der Falle säßen. Sie müssten sich einerseits der venezolanischen Armee stellen, die sich dank Chávez und dank Präsident Maduro in sehr kurzer Zeit sehr gut vorbereitet hat. Aber sie würde zudem in die Zange genommen werden, denn sie würde von der kolumbianischen Guerilla bekämpft werden. Und Kolumbiens Guerilla verfügt über große Kriegserfahrung.

Wir müssen Venezuela Solidarität erweisen, denn in Venezuela entscheidet sich vieles. Es geht nicht nur um Venezuela, es geht nicht nur um den revolutionären bolivarianischen Prozess. Es geht auch um die Zukunft Kolumbiens, um die Zukunft Mittelamerikas und um die Zukunft Kubas. Denn eines ist klar: Für die USA ist Venezuela wegen seines vielen Erdöls und seines großen Potentials die Krone. Aber der Kronjuwel ist Kuba. Kuba hat keine Naturressourcen und nichts von strategischer Bedeutung. Aber dieses Land hat die USA über 60 Jahre lang der Lächerlichkeit preisgegeben. Und das ist für die Vereinigten Staaten das Schlimmste, was ihnen passieren kann. Außerdem: Wenn sie Schluss machen mit Kuba, dann beenden sie das großartigste Beispiel, was Lateinamerika und viele Länder der Welt vor allem in Afrika gehabt haben.

Deshalb müssen wir die Bolivarische Revolution verteidigen – damit in Lateinamerika Frieden herrscht, und um Kuba zu verteidigen. Erlaubt mir, euch zum Schluss etwas zu sagen: Ich bin Journalist. Aber ich bin nicht neutral. Mein Herz schlägt für eine Seite. Ich versuche, objektiv zu sein, aber neutral? Niemals!

## Leonardo Padura



Aus dem Spanischen von Hans-Joachim Harsthein 448 Seiten, gebunden

»Ein erstklassiger Kriminalroman von einem der wirklich Großen der lateinamerikanischen Literatur.«

Denis Scheck, Druckfrisch

Unionsverlag



Seit 20 Jahren, seit der Comandante Hugo Chávez und das Volk Venezuelas 1999 die Regierung übernommen haben, führen wir einen Kampf, in dem es nicht um das Schicksal einer Regierung oder des Präsidenten Nicolás Maduro geht. In Venezuela steht viel mehr auf dem Spiel. Es geht darum, dass unser Land über die größten Erdölreserven des Planeten verfügt. Bestätigt ist auch, dass Venezuela mindestens die viertgrößten Goldreserven der Welt hat – wahrscheinlich werden wir in den kommenden Jahren sogar zertifizieren können, dass es sich um die zweitgrößte Reserve handelt. Es gibt auch wichtige Vorkommen an Diamanten, Wasser, verschiedenen Mineralien, eine gute Infrastruktur und fruchtbare Ländereien. Venezuela liegt außerdem am geopolitisch wichtigsten Punkt des amerikanischen Kontinents, in seinem Zentrum mit Zugang zum Atlantischen Ozean und zur Karibik.

Gegen unser Land wird ein brutaler Angriff geführt, weil sich in Venezuela eine sozialistische Revolution vollzieht. Das nordamerikanische Imperium versucht, uns mit Hunger zur Aufgabe zu zwingen. Wir sollen aufgrund fehlender Ressourcen kapitulieren müssen. Sie wollen unsere Ökonomie zerstören.



Solidarische Hilfe für die Bevölkerung Venezuelas kommt unter anderem aus China (Flughafen Maiquetia bei Caracas, 16.05.2019)

**Europa stiehlt**

Wie alle vergleichbaren Unternehmen der Welt hat Venezuelas Erdölkonzern in Zeiten niedriger Ölpreise mit den Gläubigern über seinen Schuldendienst verhandelt, um die notwendigen Investitionen gewährleisten zu können. Doch die USA haben nordamerikanischen Unternehmen jede Anpassung der Verbindlichkeiten verboten, obwohl Venezuela in seiner Geschichte als tadelloser Zahler dasteht. Dadurch hatte unser Erdölunternehmen keine Möglichkeit mehr, zu investieren. Heute kämpfen wir deshalb darum, die Erdölproduktion wiederherzustellen und zu erhalten, die unsere wichtigste Einnahmequelle ist. 95 Prozent der Einkünfte unseres Landes stammen aus dem Erdöl. Allein unser Raffinerieunternehmen Citgo in den USA hat einen Wert von mehr als 30 Milliarden Dollar. Es wurde von der Regierung der Vereinigten Staaten konfisziert.

Obwohl die Europäische Union erklärt hat, dass sich ihre Sanktionen nicht gegen die Wirtschaft Venezuelas richten, sind heute mehr als 5,4 Milliarden Dollar blockiert, die bei europäischen Banken liegen. Sie sind beschlagnahmt, gestohlen worden, und die Gremien der EU haben nichts dagegen unternommen. Sie haben den Diebstahl legitimiert. Wir haben deshalb kein Vertrauen in das europäische Finanzsystem mehr. Wir können kein Geld oder Gold sicher bei europäischen Banken lagern, denn sie stehlen uns dieses Vermögen. Allein bei der Novo Banco in Portugal liegen 1,6 Milliarden, bei der Bank of England 1,3 Milliarden Dollar in Goldreserven.

**Venezuelas Belagerung**

In Venezuela finanziert die Erdölindustrie seit Beginn der Bolivarischen Revolution direkt die Gesundheitsprogramme. Doch inzwischen sind in Italien vier Kinder gestorben, die nicht behandelt werden konnten. Die für ihre Knochenmarkstransplantation vorgesehenen fünf Millionen Dollar werden von einer portugiesischen Bank festgehalten. Das Problem ist ein Wirtschaftsmodell, das Kinder sterben lässt, wenn nicht pünktlich bezahlt wird. Dabei könnte Venezuela bezahlen, wir haben das Geld, obwohl die Blockadepolitik unser Land allein zwischen 2015 und 2018 mehr als 130 Milliarden Dollar gekostet hat.

Die Welt darf zu der Belagerung Venezuelas nicht schweigen. Die Welt darf nicht schweigen, denn im Kampf Venezuelas geht es nicht darum, eine linke Regierung an der Macht zu halten. Es geht um die Menschheit selbst. Der Kampf Venezuelas ist ein Kampf Lateinamerikas, ein Kampf

# »Ein Kampf wie David gegen Goliath«

Über die Auswirkungen der Blockade, die Demokratie Venezuelas und die Verteidigung des Völkerrechts. **Von Yván Gil**

der Arbeiter, Klassenkampf. In Venezuela stehen wir der Klasse gegenüber, die international die Macht hat. Es ist ein Kampf wie David gegen Goliath.

Venezuelas Revolution hat mit der Umverteilung der Erdöleinnahmen an die ärmsten Bevölkerungsschichten begonnen. Der Comandante Hugo Chávez hat sie zu einer sozialistischen Revolution weiterentwickelt, die in der Lage ist, die größte und gewalttätigste Macht herauszufordern, die es in der Menschheitsgeschichte je gegeben hat, nämlich die Eliten, die heute die Vereinigten Staaten von Nordamerika regieren.

Als sich ein Abgeordneter am 23. Januar auf einem öffentlichen Platz selbst als Präsident vereidigte, hat ihn die Regierung der Vereinigten Staaten sofort anerkannt, gefolgt von einigen Regierungen Lateinamerikas und Europas.

Am 23. Februar wollten sie eine Krise zwischen uns und Kolumbien provozieren, als sie versuchten, angebliche humanitäre Hilfe über die Grenze zu bringen und dabei alle internationalen Regeln zu verletzen. Sie wollten eine Situation extremer Gewalt provozieren, denn die Opposition Venezuelas ist immer mit Gewalt vorgegangen. Sie haben niemals irgendeinen Erfolg der Bolivarischen Revolution anerkannt.

In den vergangenen 20 Jahren hat es in Venezuela 25 Wahlen und Abstimmungen gegeben. Der Nationale Wahlrat hat dabei große Veränderungen vorgenommen, um allen Schichten des venezolanischen Volkes – auch den Ärmsten – die Teilnahme an den Wahlen zu ermöglichen. Vor 1998 gab es für sie dafür kaum Möglichkeiten. Die Wahllokale wurden nur in den Vierteln der höheren Gesellschaftsschichten eröffnet, dem Volk wurde durch technische Tricks wie den Standorten der Wahllokale, Uhrzeiten der Stimmabgabe und so weiter das Wahlrecht genommen. Mehr noch, sogar die abgegebenen Stimmen wurden geraubt. Die Wahlen wurden manuell ausgezählt, aber die Protokolle gingen einfach mal verloren. Doch die Bolivarische Revolution hat

gemeinsam mit dem Volk das Wahlsystem verändert und die größtmögliche Mobilisierung organisiert. Von den 25 Wahlen in den letzten 20 Jahren haben die fortschrittlichen Kräfte 23 gewonnen, doch keines dieser Ergebnisse wurde von der Opposition anerkannt. Venezuelas Opposition hat niemals Ergebnisse akzeptiert, die sie verloren hat, sondern hat immer Betrugsvorwürfe erhoben.

**Aufruf zu gemeinsamen Kampf**

Wir haben es mit einer zutiefst antidemokratischen und korrupten Opposition von bourgeoisiertem Klassencharakter zu tun. Und mit dem nordamerikanischen Imperium, das entschieden hat, die bolivarische Regierung zu stürzen. In Lateinamerika haben hinter Staatsstreichen immer die USA gestanden. Doch heute stehen sie nicht hinter dem Putschversuch in Venezuela, sie stehen an seiner Spitze. Das haben die Sprecher der US-Administration ganz öffentlich gesagt. Und leider ist das weltweite politische System eingeschüchtert, paralysiert, und nicht in der Lage, das Banner des Völkerrechts zu erheben und sich gegen die Position der Vereinigten Staaten zu positionieren. Es ist einfach bequemer und einträglicher, sich an der Verletzung des Rechts und der Grundprinzipien zu beteiligen, die doch von allen Nationen beachtet werden müssen. Sollte die gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten Erfolg damit haben, die Bolivarische Revolution zu stürzen, würden für das Völkerrecht dunkle Zeiten anbrechen. Das wäre ein Präzedenzfall, nach dem der US-Präsident der einzige ist, der überall auf der Welt Präsidenten, Parlamente und Abgeordnete ernennen und absetzen kann.

Doch nach unserer Verfassung ist der einzige Souverän, der in Venezuela einen Präsidenten bestimmen kann, das Volk Venezuelas, und das hat es bei der Wahl am 20. Mai 2018 getan. Darauf sind wir stolz, das werden wir verteidigen und in diesem Kampf werden wir siegen.

Trotz des zutiefst antidemokratischen und korrupten Charakters der Opposition gibt es einen Teil der Bevölkerung, der von der internationalen Medienmaschinerie betrogen werden konnte und sich deshalb gegen die bolivarische Regierung stellt. Die Lösung ist, dass die politischen Kräfte miteinander reden müssen. Präsident Maduro hat unzählige Male zum Dialog aufgerufen. Nur so können wir unsere Probleme lösen, nicht durch Interventionen oder Aufrufe zum Staatsstreich. Wir rufen die Regierungen der Welt auf, diesen Dialog zu unterstützen. Jeder, der Venezuela helfen will, ist willkommen. Wir fordern nur Respekt und die Einhaltung der internationalen Gesetze. Wir verlangen nicht, dass jemand die Regierung oder eine Partei unterstützt. In Venezuela steht das Schicksal des Völkerrechts weltweit auf dem Spiel, und davon ist auch Europa betroffen.

Wir bitten nicht um barmherzige Wohltautigkeit für die armen Venezolaner. Wir rufen dazu auf, dass wir uns gemeinsam in einen Kampf einreihen, der unser aller Kampf ist, denn und nur so werden wir Erfolg haben und den Angriff auf uns zurückschlagen können. Die venezolanische Opposition hat weder die Unterstützung des Volkes noch einen militärischen Rückhalt für eine US-Intervention. Eine solche wäre der größte Irrsinn in der Geschichte der Menschheit seit dem Krieg gegen den Irak. Das wäre eine globale Katastrophe. Deshalb ist der einzige Weg, der uns offensteht, der Sieg der fortschrittlichen Kräfte in Venezuela. Diesen werden wir auf demokratischem Weg erreichen, auf dem Weg der Wahlen und des Dialogs.



Yván Gil ist der für Europa zuständige Vizeaußenminister der Bolivarischen Republik Venezuela

**iW Dossier**

**Kampf um Venezuela**  
USA planen den Regime-Change

[jungwelt.de/venezuela](http://jungwelt.de/venezuela)



## Österreichisch-Kubanische Gesellschaft

Seit über 50 Jahren setzt sich die ÖKG für die Förderung der freundschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Österreich und dem revolutionären Kuba ein.

**Werde auch DU Mitglied und sei Teil der KUBA-SOLIDARITÄT!**

Diskussionen, Vorträge, Filme, uvm.:

Jeden Montag (Juli und August Sommerpause), 19:00 Uhr, "Havana Club" der ÖKG, Seisgasse 1, 1040 Wien.

[www.cuba.or.at](http://www.cuba.or.at) + [facebook.com/oekg1969](https://facebook.com/oekg1969)

Zeitschrift der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft

# iCUBA SI!

- ABO-BESTELLUNG (4xjährlich)

(€ 15,-/Jahr, außerhalb Österreichs zzgl. Versandkosten)

- ÖKG-BEITRITT

(€ 30,-/Jahr inklusive CUBA SI-Abo)

per E-Mail an [oekg@utanet.at](mailto:oekg@utanet.at)

## "Solidarität mit Cuba jetzt!" Fiesta de Solidaridad

Erntet unser feministisches Frauenumweltprojekt EcoMujer auf der Fiesta de Solidaridad kennen. Seit mehr als 20 Jahren stehen wir im Austausch mit Cuba und unterstützen konkrete Projekte vor Ort.

Samstag 27. Juli 2019 von 14:00 bis 22:00 Uhr  
Parkaue, 10367 Berlin-Lichtenberg  
S+U Frankfurter Allee  
Infos: [info@ecomujer.org](mailto:info@ecomujer.org)  
[www.ecomujer.org](http://www.ecomujer.org)



EcoMujer - Frauen und Umwelt - e.V.

### Ein Bus für den Garten

Die FBK unterstützt seit vielen Jahren den Aufbau des Botanischen Gartens in Pinar del Rio (Westkuba). Er liegt außerhalb der Stadt und dient der Forschung (Erhalt und Sammlung endemischer Pflanzen), der Naherholung, aber auch der Umwelterziehung für die umliegenden Bildungseinrichtungen.

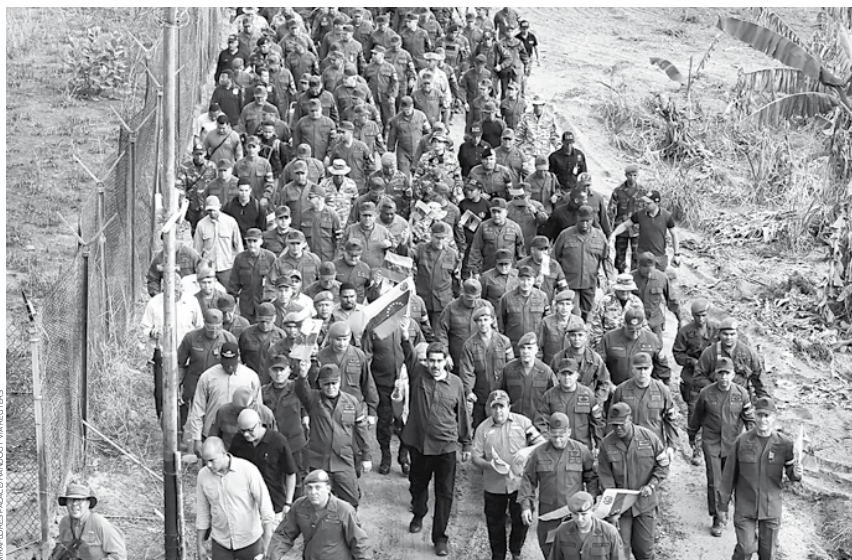
### Was dringend benötigt wird, ist ein Transportmittel!

Um Mitarbeiter\*innen, Gäste, Schüler\*innen, unsere Brigadeteilnehmer\*innen (oder auch Materialien) transportieren zu können, wollen wir einen Bus für den Garten kaufen. Dafür fehlen uns noch ca. 5.000 Euro. Wir bitten weiter um finanzkräftige Unterstützung. Jeder Euro hilft!



### Spendenkonto

FBK Freundschaftsgesellschaft Berlin Kuba e. V.,  
IBAN DE 51 4308 0967 1139 4201 00  
(Bitte Kennwort BOGABUS und Anschrift angeben) [www.fg-berlin-kuba.de](http://www.fg-berlin-kuba.de)



Venezuelas Präsident Nicolás Maduro schwenkt während einer Militärzeremonie in Maracay die Nationalflagge

# Hände weg von Venezuela!

Resolution der Solidaritätsveranstaltung am 28. Mai 2019 in Berlin

Venezuela wird angegriffen. Eine von den USA angeführte und von den meisten Staaten der Europäischen Union einschließlich Deutschland willig unterstützte Allianz hat sich den Sturz der vor gut einem Jahr demokratisch gewählten Regierung des Präsidenten Nicolás Maduro zum Ziel gesetzt. Sie setzt dabei auf Politiker der reaktionären Opposition in Venezuela, die sich dieser Aggression als willfährige Marionetten zur Verfügung gestellt haben.

Teil dieser Aggression ist, dass die deutsche Bundesregierung einen von niemandem in diesem Amt gewählten Oppositionspolitiker als »Übergangspräsidenten« Venezuelas anerkannt und alle offiziellen Kontakte zur rechtmäßigen Regierung des südamerikanischen Landes abgebrochen hat. Zu einer heute (28.05.19, jW) auf Einladung des Auswärtigen Amtes in Berlin stattfindenden Konferenz der Außenminister Lateinamerikas und der Karibik wurde der Vertreter Venezuelas deshalb nicht eingeladen.

Während sich Bundesaußenminister Heiko Maas mit seinen Gästen zum Abendessen trifft, sind wir im Berliner Konferenzzentrum »Urania« zusammengekommen, um unsere Solidarität mit dem bolivari-schen Venezuela zu demonstrieren. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass der seit Januar laufende Putschversuch in Venezuela scheitert. Unsere Solidarität gilt der Volksbewegung Venezuelas, die sich entschieden gegen die imperialistische Aggression wehrt.

**Wir stellen fest:**

- Die einzige legitime Regierung der Bolivari-schen Regierung Venezuelas ist die vom Präsidenten Nicolás Maduro geführte.
- Die Anerkennung eines Oppositionspolitikers, der sich selbst zum »Übergangspräsidenten« ernannt hat, ist eine völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas, wie sogar die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages festgestellt haben. Die Besetzung diplomatischer Vertretungen der Bolivari-schen Republik in den USA und anderen Ländern, um sie Vertretern dieses »Selbsternannten« zur Verfügung zu stellen, ist eine schwere Verletzung der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen und der Souveränität Venezuelas.
- Die von den USA, der EU und anderen Kräften gegen Venezuela verhängte

Wirtschafts- und Finanzblockade stellt eine illegale kollektive Bestrafung der Bevölkerung dieses südamerikanischen Landes dar. Eine solche ist nach der Genfer Konvention als Kriegsverbrechen zu werten.

- Die wiederholte Androhung einer militärischen Intervention in Venezuela durch die USA ist eine schwere Verletzung aller grundlegenden Regeln des Völkerrechts, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen.
- Wir fordern:**
- Sofortige Aufhebung aller gegen Venezuela und seine Repräsentanten verhäng-

ten Strafmaßnahmen! Freigabe aller von internationalen Banken und Finanzinstitutionen blockierten Vermögenswerte!

- Sofortige Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit Venezuela! Die Bundesregierung muss die Anerkennung des selbsternannten »Übergangspräsidenten« zurücknehmen und die diplomatische Ausgrenzung der legitimen Repräsentanten Venezuelas beenden!
- Hände weg von Venezuela!

**Berlin, 28. Mai 2019**  
Verabschiedet von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung am 28. Mai 2019 in der Urania, Berlin

### Die Veranstaltung wurde getragen von:

Tageszeitung *junge Welt*, Kulturzeitschrift *Melodie & Rhythmus*, *Granma Internacional* – Deutsche Ausgabe, LPG *junge Welt* eG, Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft, Anti-NATO-Gruppe Berlin-Brandenburg, Berliner Bündnis »Hände weg von Venezuela«, Bloque Latinoamericano Berlin, Chile-Freundschaftsgesellschaft »Salvador Allende« e. V., Coop Antikriegscafé Berlin, Cuba Si, Deutscher Freidenker-Verband Berlin, DIDF, Die Linke Tempelhof-Schöneberg, DKP-Partei Vorstand, DKP Berlin, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Gruppe Tendenzen Berlin, Mondos Arts, Netzwerk Cuba – Informationsbüro e. V., North East Antifa Berlin, Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden (OKV), Red Patria Grande, Red Venezuela-Berlin, Redglobe, Revolt Magazine, R-mediabase, SDAJ, Unidos por la Paz – Alemania, Venezuela Avanza, World Beyond War

## Drei Wochen lang: Gratis lesen!\*

\* Und hier das Kleingedruckte:  
Kostenlos! Unverbindlich!  
Endet automatisch!  
Muss nicht abbestellt werden!



Jetzt bestellen unter [jungewelt.de/probeabo](http://jungewelt.de/probeabo)  
Abotelefon: 030/53 63 55-84

## 500 Jahre Havanna!

Eine Leserreise von UZ & Cuba Libre mit reichhaltigem Programm!

5.-20. Dezember 2019.

Havanna – Santa Clara – Trinidad – Playa Giron – Varadero

### Teilnehmerbeitrag:

2590,- Euro pro Person  
(im Doppelzimmer inkl. Flug mit Condor ab Frankfurt/M., ausführliches Programm siehe Website!)

[info@profil-cuba-reisen.de](mailto:info@profil-cuba-reisen.de)  
[www.profil-cuba-reisen.de](http://www.profil-cuba-reisen.de)

